

Antrag der Fraktionen DIE LINKE

Aufklärung über geschlechtliche und sexuelle Vielfalt bei Kindern und Jugendlichen stärken – sichere Räume schaffen, Gewalt vorbeugen, Akzeptanz erhöhen!

Im Laufe des Jahres 2022 hat sich das Ausmaß an Gewalttaten gegen queere Menschen auch in Bremen spürbar erhöht. Tiefpunkt war der brutale Angriff einer Gruppe von Kindern und Jugendlichen auf eine trans*Frau im September in der Straßenbahn. Diese und andere Gewalttaten – zum Beispiel im Umfeld des Christopher Street Days und des Trans*Inter*Dyke-March – sind von vielen Menschen in der Bremer Stadtgesellschaft und auch hier in der Bürgerschaft klar verurteilt worden.

Es erscheint nötig und sinnvoll, bei Maßnahmen und Angeboten zur Aufklärung über geschlechtliche und sexuelle Vielfalt insbesondere bei jungen Menschen nachzusteuern. Aus diesem Grund gilt es, sowohl die queer-inklusive Bildung an Schulen stärker in den Blick nehmen, als auch Träger der Jugendhilfe und Jugendverbandsarbeit in die Lage versetzen, einen stärkeren Beitrag zur Erhöhung der queeren Sichtbarkeit und Akzeptanz zu leisten. In diesem Zusammenhang soll das intensiv erarbeitete Wissen genutzt werden, dass beispielsweise in den Ergebnissen des 3. Hamburger Regenbogenparlaments im September 2019 zusammengefasst wird¹ und auf dem Aktionsplan gegen Homo-, Trans- und Interphobie für das Land Bremen aufbauen. Nur mit deutlich mehr Einsatz für die Akzeptanz und Sicherheit junger queerer Menschen in der Bildung und Jugendarbeit gelingt es ein gesellschaftliches Klima zu schaffen, dass wir uns für Bremen wünschen: weltoffen und mit Akzeptanz für alle Lebensformen und Identitäten.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf:

1. die Zuwendungen an das Rat&Tat-Zentrum zeitnah so zu erhöhen, dass eine zweite hauptamtliche Stelle beim Projekt „Queere Bildung“ geschaffen werden kann.
2. Gemeinsam mit dem Landesinstitut für Schule (LIS) zu prüfen, wie das Schulaufklärungsprojekt des Rat&Tat-Zentrums verstärkt von Schulen in Anspruch genommen werden kann.
3. zu prüfen, ob ein erhöhter Förderungsbedarf für die Jugendgruppe Respekt im Rat&Tat-Zentrum besteht.
4. mit dem Magistrat und dem Arbeitskreis Queeres Leben in Bremerhaven und ggf. interessierten Trägern Gespräche über die Etablierung queerer Jugendräume zu führen.

¹ [2019_12_20-lsvd-dokumentation-regenbogenparlament-hamburg-2019.pdf \(miteinander-staerken.de\)](#)

5. mit den Trägern der Offenen Jugendarbeit in Bremen Gespräche über deren Bedarfe zur Stärkung von Angeboten zur Stärkung ihrer Queer-Sensibilisierung zu führen.
6. zu prüfen, inwieweit die Sensibilisierung und Qualifizierung des Fachpersonals im Bereich Kinder, Jugend und Familie zum Thema LGBTIQ* gestärkt werden kann.
7. mit dem Landesjugendring und anderen Jugendverbandsträgern Gespräche über eine Stärkung von Angeboten zur Sensibilisierung für queere Lebensweisen zu führen.

Maja Tegeler, Cindi Tuncel, Miriam Strunge, Nelson Janßen,
Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE